

## A n t w o r t

des Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Alexander Schweitzer und Martin Haller (SPD)  
– Drucksache 17/5607 –

### Kerosin-Notablass über der Pfalz im Februar 2018

Die **Kleine Anfrage – Drucksache 17/5607** – vom 2. März 2018 hat folgenden Wortlaut:

Im Jahr 2018 wurden bereits zwei Ereignisse von Kerosin-Notablass bekannt. Beide Male handelte es sich um Maschinen des Typs Boeing 747 der moldawischen Frachtfluggesellschaft Aerotrans Cargo. Laut Angaben der Deutschen Flugsicherung (DFS) wurden im ersten Fall 10 Tonnen und im zweiten Fall 30 Tonnen Kerosin über der gesamten Pfalz abgelassen.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Welche Erkenntnisse liegen der Landesregierung hinsichtlich der beiden Fälle von Kerosinablass über Rheinland-Pfalz vor?
2. Liegen der Landesregierung neue Informationen bezüglich der Ausgestaltung der auf der Umweltministerkonferenz im Mai 2017 in Auftrag gegebenen Studie zur Bewertung von Treibstoffablässen vor?
3. Bis wann rechnet die Landesregierung mit Ergebnissen der in Auftrag gegebenen Studie zur Bewertung von Treibstoffablässen?
4. Was hat die Landesregierung unternommen, um sich für ein transparentes Informationsmanagement in Bezug auf Treibstoffablässe einzusetzen?

Das **Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau** hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 26. März 2018 wie folgt beantwortet:

Die Landesregierung nimmt die Sorgen der Bevölkerung bezüglich der Kerosinablässe von Flugzeugen über Rheinland-Pfalz sehr ernst. Sie hat sich deshalb wiederholt und mit Nachdruck gegenüber der Bundesregierung für einen transparenten Umgang mit der Problematik eingesetzt.

Dies vorausgeschickt, beantworte ich die Kleine Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1:

Die Landesregierung hat Details zu dem Kerosin-Notablass in zwei Fällen über der Pfalz im Februar 2018 durch Frachtmaschinen der moldawischen Fluggesellschaft Aerotrans Cargo aus der Presse erfahren. Außerdem berichtete die Luftaufsicht der Oberen rheinland-pfälzischen Luftfahrtbehörde, dass sie insoweit eine inoffizielle Information eines Mitarbeiters des Luftfahrtunternehmens nach der Notlandung am 15. Februar 2018 auf dem Flughafen Frankfurt-Hahn erhalten habe.

Zu Frage 2:

Der Landesregierung liegen aktuell folgende Informationen zum Stand der geplanten Neubewertung von Treibstoffablässen vor:

Das Umweltbundesamt hat Ende Januar 2018 den Vertrag zum Start der Studie mit dem beauftragten Gutachter abgeschlossen. Das wissenschaftliche Konzept und die Methodik gliedern sich im Wesentlichen in drei Teile:

- a) Literaturrecherche zu bestehenden rechtlichen Grundlagen, technischen Standards, bestehenden Ausbreitungs- und Transportmodellen von Aerosolen sowie zu vorhandenen Daten von Boden-/Wasser- und Immissionsbelastungen und deren Plausibilisierung. Hierbei können auch Messergebnisse aus bestimmten Messpunkten des Landesamtes für Umwelt bzw. anderer Bundesländer einfließen.
- b) Aus den erhobenen Bestandsdaten werden die bodennahen Belastungen für den Menschen ermittelt und qualitativ und quantitativ bewertet.
- c) Der abschließende Teil befasst sich mit der Ableitung von Maßnahmen und Handlungsempfehlungen für die zuständigen und beteiligten Behörden zur zukünftigen Verringerung bodennaher Belastung zum Schutz der menschlichen Gesundheit.

b. w.

Zu Frage 3:

Das Umweltbundesamt wird – wie in dem Beschluss der Umweltministerkonferenz im Mai 2017 erbeten – über die Ergebnisse der Studie in der Umweltministerkonferenz im Oktober/November 2018 berichten.

Zu Frage 4:

Basierend auf einer Initiative auch der hiesigen Landesregierung wird Ende dieses Monats in der Gemeinsamen Konferenz der Verkehrs- und Straßenbauabteilungsleiter der Länder ein Bericht und Beschlussvorschlag des Arbeitskreises Luftverkehr unter dem Tagesordnungspunkt „Treibstoffschnellablass (Fuel Dumping); Verbesserung der Information der Öffentlichkeit“ thematisiert. Nach Auffassung der Landesregierung soll aufseiten des Bundes ein Verfahren etabliert werden, sodass Informationen zu Treibstoffschnellablässen unverzüglich und transparent der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt und an Länderbehörden gemeldet werden. Außerdem soll der Bund aufgefordert werden, über das Ergebnis der aktuellen Bewertung über den Umfang und die Auswirkungen von Treibstoffschnellablässen auf Mensch und Umwelt in der Verkehrsministerkonferenz im Herbst dieses Jahres zu berichten.

Wie bereits zuvor im Rahmen des Bund-Länder-Fachausschusses Luftfahrt im November des vergangenen Jahres wirkt die Landesregierung gegenüber der Bundesregierung auf mehr Transparenz im Hinblick auf Treibstoffschnellablässe durch zivile und militärische Luftfahrzeuge hin. Die Landesregierung wird sich auch weiterhin gegenüber der Bundesregierung in den zuständigen Gremien für ein transparentes Informationsmanagement in Bezug auf Treibstoffschnellablässe durch zivile und militärische Luftfahrzeuge einsetzen.

In Vertretung:  
Daniela Schmitt  
Staatssekretärin